

ABSCHLUSSPRÜFUNG UND FRAUD HÄLT DER WP, WAS ER VERSPRICHT?

WP/StB Prof. Dr. Marcus Scholz

Pforzheim University, Business School, Germany

1. FRAUD UND BILANZSKANDALE

Der angelsächsische Begriff “Fraud” wird im Wörterbuch mit “Betrug, Schwindel” übersetzt. Im Allgemeinen umfasst er alle Handlungen, die mit krimineller Energie begangen werden. Bezogen auf den Jahresabschluss umfasst Fraud alle Handlungen, die zu beabsichtigt falschen Angaben in der Rechnungslegung führen. Das können beispielsweise überhöhte Umsatzerlöse und Forderungen oder ein unvollständiger Ausweis von Aufwendungen und Verbindlichkeiten sein. Welche Bedeutung Fraud im heutigen Wirtschaftsleben hat, verdeutlicht ein Blick auf prominente Unternehmen, die in diesem Jahrzehnt durch falsche Bilanzierung in die Schlagzeilen gekommen sind.

Einer der ersten und spektakulärsten Fälle war der Niedergang des Energiekonzerns Enron, der zu den zehn größten Konzernen der Vereinigten Staaten von Amerika gehörte. Enron hatte unter anderem die Gewinne um 1,2 Milliarden USD zu hoch ausgewiesen und über mehrere Wirtschaftsjahre von 1997 bis 2000 hinweg Schulden von jährlich sechs- bis siebenhundert Millionen USD versteckt. Im Zusammenhang mit diesem Bilanzskandal verloren zunächst das Unternehmen und seine Führung jeglichen Kredit bei Geschäftspartnern und Finanziers und in Folge dessen die über 20.000 Mitarbeiter des Konzerns sowohl ihren Arbeitsplatz als auch ihre in Aktien des Mutterunternehmens angelegte Altersversorgung. Der vernichtete Börsenwert lag bei 60 Milliarden USD. Jeff Skilling, Chief Executive Officer (CEO) von Enron, wurde zu einer Freiheitsstrafe von 24 Jahren und vier Monaten verurteilt. Neben weiteren Verantwortlichen aus dem Topmanagement wurde auch der zuständige Buchhalter zu 5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das mit der Prüfung des Enron-Konzerns betraute Wirtschaftsprüfungsunternehmen Arthur Andersen verschwand innerhalb weniger Wochen vom Markt. Die Vorgänge hatten eine drastische Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften zur Unternehmensberichterstattung zur Folge, den sogenannten Sarbanes-Oxley-Act für US-börsennotierte Unternehmen.

Zu den zahlenmäßig größten Bilanzskandalen weltweit gehören bisher der US-amerikanische Telekommunikationskonzern Worldcom mit Falschbuchungen von rund 11 Milliarden USD und der italienische Nahrungsmittelkonzern Parmalat mit rund 14 Milliarden EUR verschleierte Schulden. Bei der neuerdings wieder in die Schlagzeilen geratenen Hypothekenbank Fannie Mae mussten die Gewinne im Jahr 2006 um 6,3 Milliarden USD korrigiert werden, bei der größten US-amerikanischen Versicherung, der AIG, waren für die Wirtschaftsjahre 2000 bis 2004 rund 3,9 Milliarden USD zu hohe Gewinne ausgewiesen.

Einer der spektakulärsten Fälle von Bilanzmanipulationen in Deutschland war die Firma Flowtex, bei der aus 270 tatsächlich vorhandenen Bohrmaschinen mehr als 3.000

geleaste Bohrmaschinen gemacht wurden. Die Firma Flowtex ist im Zuge dieser Vorgänge insolvent gegangen.

Die Folgen von Bilanzmanipulationen sind in der Regel drastisch und für alle Betroffenen schmerzhaft. Für die Mitarbeiter des Unternehmens stehen Arbeitsplätze und Altersversorgung auf dem Spiel. Die verantwortlichen Manager und Aufsichtsräte wurden neben hohen Geldstrafen auch zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Die betroffenen Unternehmen werden nicht selten mit Strafzahlungen in Milliardenhöhe konfrontiert. Der Wirtschaftsprüfer erleidet zumindest einen erheblichen Reputationsverlust, wenn nicht sogar den wirtschaftlichen Untergang wie im Fall Arthur Andersen.

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR)¹ hat die Aufgabe, Bilanzen von kapitalmarktorientierten deutschen Unternehmen nach ihrer Veröffentlichung – und damit auch nach erfolgtem Testat des Abschlussprüfers – auf ausgewählte Unstimmigkeiten zu prüfen. Aktuelle und potenzielle Investoren sollen somit über Fehler oder bewusste Manipulationen in den Unternehmensbilanzen informiert werden und somit bei ihren Anlageentscheidungen nicht getäuscht werden. Nach Auskunft der DPR wies fast jeder vierte geprüfte Abschluss noch wesentliche Fehler auf.²

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass durch Fraud und durch Bilanzmanipulationen zum einen Vermögens- und zum anderen Vertrauensschäden entstehen. Die betroffenen Personengruppen sind in erster Linie die Unternehmen, ihre Manager und ihre Arbeitnehmer sowie die Wirtschaftsprüfer. Aus Sicht der beteiligten Wirtschaftsprüfer reichen die verursachten immateriellen Schäden von einem Misstrauen gegenüber der beteiligten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Beschädigung des Berufsstandes der Wirtschaftsprüfer bis hin zu einem allgemein wachsenden Misstrauen gegen das gesamte Wirtschaftssystem.

2. VERANTWORTLICHKEITEN

Als Verantwortungsträger sind insbesondere die Unternehmensorgane, das heißt bei Aktiengesellschaften Vorstand und Aufsichtsrat, und der Wirtschaftsprüfer zu nennen.

Bei der Herausforderung, Bilanzmanipulationen und Fraud zu verhindern oder aufzudecken, kommen diesen Personengruppen unterschiedliche Aufgaben zu, die im Folgenden dargestellt werden.

2.1. Aufgaben der Unternehmensorgane

Unternehmensorgane sind bei Aktiengesellschaften der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Der Hauptversammlung kommt keine originäre Verantwortung im Zusammenhang mit Fraud zu.

Der **Aufsichtsrat** ist verantwortlich für die wirksame Unternehmensüberwachung, d.h. die Überwachung des Vorstandes. Zu diesem Zweck ist er befugt, die Bücher und

¹ Financial Reporting Enforcement Panel.

² DPR (2008): Rund ein Drittel aller kapitalmarktorientierten Unternehmen geprüft, Pressemitteilung vom 30.06.2008.

Schriften der Gesellschaft einzusehen und zu prüfen. Außerdem ist der Aufsichtsrat nach dem deutschen Aktiengesetz verpflichtet, den Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss, den dazugehörigen Lagebericht und den Gewinnverwendungsvorschlag zu prüfen.³ Über das Ergebnis dieser Prüfung muss der Aufsichtsrat schriftlich an die Hauptversammlung berichten.⁴ Daneben hat der Aufsichtsrat zu beurteilen, ob und inwieweit das Management Kontrollmaßnahmen außer Kraft setzt oder in anderer Weise unangemessen auf die Rechnungslegung einwirkt.

Der **Vorstand** führt die laufenden Geschäfte der Aktiengesellschaft. Er ist dazu verpflichtet, die Bücher der Gesellschaft zu führen und den Jahresabschluss sowie den Lagebericht aufzustellen. Daneben muss die Unternehmensführung sicherstellen, dass die von ihnen geführte Gesellschaft die gültigen gesetzlichen Vorschriften einhält. Dies beinhaltet die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines angemessenen internen Überwachungssystems. Der Vorstand ist gesetzlich dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh zu erkennen.⁵ Zu diesen Maßnahmen zählt insbesondere die Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems. Ein solches internes Kontrollsystem kann auf der einen Seite zwar das Risiko für Fraud verringern, ist auf der anderen Seite aber nicht in der Lage, Fraud völlig auszuschließen. Es verbleibt immer ein Risiko, dass einzelne Personen oder mehrere Personen gemeinschaftlich in der Lage sind, interne Kontrollen zu umgehen.

Im **Ergebnis** lässt sich Folgendes festhalten: Der Vorstand ist verantwortlich für die Vermeidung und die Aufdeckung von Fraud. Oftmals ist es aber gerade der Vorstand, der fraudulente Handlungen begeht. Daher kommt der Überwachungsfunktion des Aufsichtsrates eine sehr hohe Bedeutung zu. Der Aufsichtsrat muss im Rahmen seiner Kontrollaufgaben sicherstellen, dass der Vorstand seinen Verpflichtungen in geeigneter Weise nachkommt und ein Klima im Unternehmen erzeugt, dass Fraud vermeidet.

2.2. Aufgaben des Wirtschaftsprüfers

Die Verantwortung des Wirtschaftsprüfers knüpft an die Aufgaben der Unternehmensleitung an. So hat der Wirtschaftsprüfer nicht nur den Jahresabschluss bzw. den Konzernabschluss mit dem zugehörigen Lagebericht zu prüfen, sondern auch das vom Vorstand eingerichtete Risikofrüherkennungssystem.

Wenn der Wirtschaftsprüfer falsche Angaben in der Rechnungslegung feststellt, besteht regelmäßig noch die Chance, diese zu korrigieren. In diesem Zusammenhang ist es von essenzieller Bedeutung, dass der Wirtschaftsprüfer frei von jeglichen Interessenskonflikten ist. Daher werden sehr hohe Anforderungen an die fachliche Qualifikation und an die persönliche Integrität des Abschlussprüfers gestellt. Sofern der durch den Wirtschaftsprüfer geprüfte Jahresabschluss gefälscht ist, dann trägt er im Grundsatz eine Mitverantwortung. In der Bilanzierungspraxis ist es nicht immer der Abschlussprüfer, der falsche Angaben in der Rechnungslegung aufdeckt. Kommt es

³ Vgl. § 171 Absatz 1 AktG.

⁴ Vgl. § 171 Absatz 2 AktG.

⁵ Vgl. § 91 Absatz 2 AktG

nach der Veröffentlichung des Abschlusses zu der Aufdeckung von Fälschungen, dann liegt meist schon ein Bilanzskandal vor. Aufgedeckt werden solche Fälle in der Regel dann, wenn das Unternehmen ohnehin schon wirtschaftlich angeschlagen ist. Der wirtschaftliche Niedergang des Unternehmens beschleunigt sich dadurch.

Bei gewissenhafter Berufsausübung wird der Abschlussprüfer in den seltensten Fällen in der Lage sein, Fraud völlig auszuschließen. Er wird aber mit hinreichender Sicherheit feststellen können, ob wesentliche falsche Angaben in der Rechnungslegung vorliegen.

Der Wirtschaftsprüfer trägt keine originäre Verantwortung für die Verhinderung von Fraud. Ihm kommt die Aufgabe zu, durch seine Präsenz und seine Prüfungshandlungen präventiv gegen Fraud zu wirken.

3. ABSCHLUSSPRÜFUNG UND FRAUD

3.1. Gesetzliche Vorgaben und Fraud

Art und Umfang der Abschlussprüfung sind in Deutschland gesetzlich in § 317 HGB geregelt. Danach hat der Wirtschaftsprüfer seine Arbeit so anzulegen, dass er Unrichtigkeiten und Verstöße gegen Gesetz oder Satzung, die sich wesentlich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, bei gewissenhafter Berufsausübung erkennt.

Der Wirtschaftsprüfer wird nicht verpflichtet, jede fraudulente Handlung aufzudecken. Der allgemeine **Wesentlichkeitsgrundsatz** besagt, dass alle Tatbestände zu berücksichtigen sind, die für die Adressaten des Jahresabschlusses von Bedeutung sind.⁶ Sachverhalte, die für die Anlage- oder Kreditentscheidungen der Abschlussadressaten von untergeordneter Bedeutung sind, können vernachlässigt werden. Die Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich oder unwesentlich ist, kann nur im Einzelfall beurteilt werden. Die Wesentlichkeit richtet sich hierbei danach, ob der handelsrechtliche Jahresabschluss das nach § 264 Abs. 2 HGB geforderte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht mehr vermittelt, und die Bilanzadressaten daher möglicherweise eine andere wirtschaftliche Entscheidung treffen. Wesentlichkeit bezieht sich somit auf entscheidungserhebliche Sachverhalte. In Betracht kommen Größen wie die Bilanzsumme, das Eigenkapital, die Umsatzerlöse und der Jahresüberschuss sowie aus diesen Größen abgeleitete Kennzahlen. Die Wesentlichkeitsgrenze lässt sich in Euro bemessen und ist aufgrund unternehmensspezifischer Kriterien, wie Rechtsform, Eigentümerstruktur und Branche festzulegen. Dies kann durch pflichtgemäßes Ermessen (professional judgement) und durch quantitative Methoden erfolgen. Die International Standards on Auditing nennen als Beispiele für die Wesentlichkeitsgrenze u.a. 5 % des Ergebnisses vor Steuern oder 0,5 % der Umsatzerlöse. Sofern beabsichtigte Fehler in der Rechnungslegung enthalten sind, ist der Tatbestand „Fraud“ erfüllt. Der Abschlussprüfer ist aber nur angehalten, wesentliche Fehler in der Rechnungslegung aufzudecken.

⁶ Vgl. Bacher, Urban/Scholz, Marcus (2008): Geringwertige Wirtschaftsgüter in der Handels- und Steuerbilanz, in WISU 2008, S. 989 f.

Daneben verlangt das Handelsgesetzbuch, dass der Wirtschaftsprüfer bei **gewissenhafter Berufsausübung** die wesentlichen Unrichtigkeiten und Verstöße erkennt. Was unter einer gewissenhaften Berufsausübung zu verstehen ist, hat das deutsche Institut der Wirtschaftsprüfer in zahlreichen Prüfungsstandards festgelegt. In Bezug auf die Adressierung von Fraud bei der Abschlussprüfung werden die entsprechenden Verlautbarungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer im nachfolgenden Abschnitt erläutert. An dieser Stelle lässt sich feststellen, dass der Gesetzgeber von dem Wirtschaftsprüfer keine absolut sichere Aussage fordert, sondern eine Aussage, die mit hinreichender Sicherheit wesentliche Fehler adressiert. Folglich bestätigt der Wirtschaftsprüfer nicht, dass der geprüfte Abschluss auf Euro und Cent richtig ist. Im Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wird dagegen eine mit hinreichender Sicherheit gewonnene Beurteilung darüber abgegeben, ob der Abschluss frei von wesentlichen Fehlern ist.

Die nachstehende Abbildung 1 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen **Unregelmäßigkeiten**, Fraud und den daraus resultierenden Berichtspflichten des Abschlussprüfers. Demnach können sich Unregelmäßigkeiten zum einen auf falsche Angaben in der Rechnungslegung und zum anderen auf Gesetzesverstöße beziehen, die (noch) nicht zu falschen Angaben in der Rechnungslegung führen. Bei den **sonstigen Gesetzesverstößen** ist es unerheblich, ob sie beabsichtigt oder unbeabsichtigt begangen wurden. Ein sonstiger Gesetzesverstoß liegt immer dann vor, wenn zwar gesetzliche Vorschriften verletzt werden, dies aber keine Auswirkung auf die Rechnungslegung hat. Der Wirtschaftsprüfer muss über aufgedeckte sonstige Gesetzesverstöße im Prüfungsbericht hinweisen. Unmittelbare Auswirkungen auf den Bestätigungsvermerk ergeben sich nicht.

Sofern sich eine Unrichtigkeit auf die Rechnungslegung auswirkt, liegen entweder unbeabsichtigte Unrichtigkeiten oder beabsichtigte Verstöße (Fraud) vor. **Unrichtigkeiten** können beispielsweise auf folgende Ursachen zurückzuführen sein: Schreib- oder Rechenfehler in der Buchführung, eine nicht bewusst falsche Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen oder eine unzutreffende Einschätzung von Sachverhalten. **Verstöße** (Fraud, fraudulente Handlungen) können als Täuschungen, als Vermögensschädigungen und als Gesetzesverstöße begangen werden.

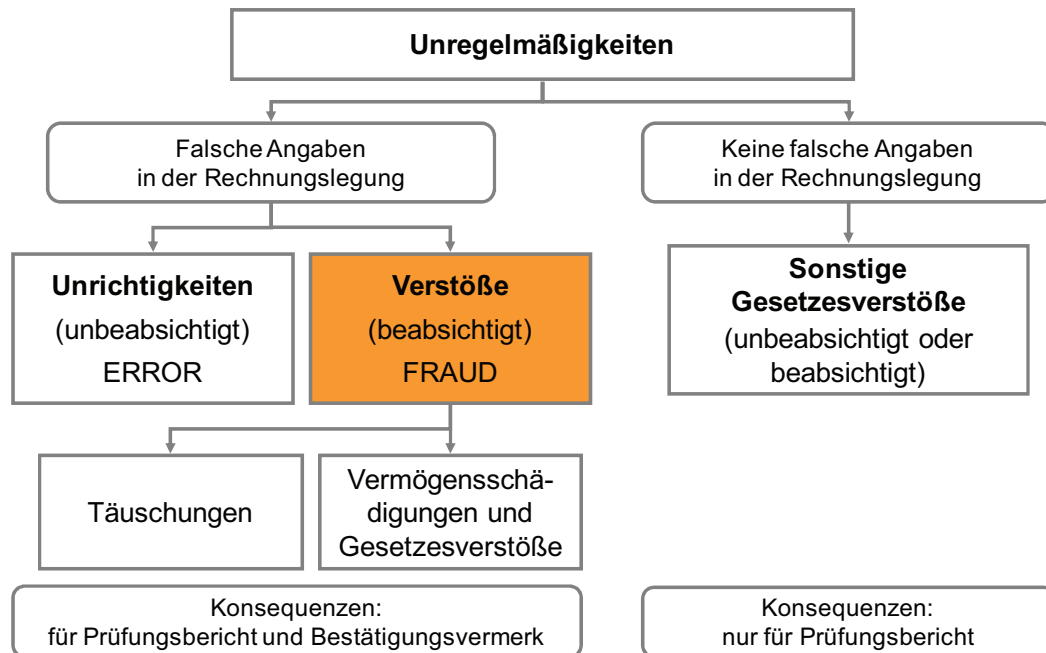
Bei **Täuschungen** werden bewusst falsche Angaben im Jahresabschluss, Konzernabschluss oder dem jeweiligen Lagebericht gemacht. Sie können auf Fälschungen und Manipulationen in der Buchführung und ihrer Grundlagen sowie bewusst falsche Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen zurückgehen. Zu Manipulationen gehören beispielsweise Luftbuchungen, denen kein tatsächlicher Geschäftsvorfall zugrunde liegt, und unterlassene Buchungen, mit denen einzelne Tatbestände bewusst aus der Buchführung herausgehalten werden.

Unter **Vermögensschädigungen** versteht man alle Handlungen, durch die sich Personen Unternehmensvermögen widerrechtlich aneignen oder widerrechtlich Verpflichtungen für das Unternehmensvermögen eingehen. Als Standardbeispiele können in diesem Zusammenhang Unterschlagungen und Diebstahl genannt werden.

Ein **Gesetzesverstoß** wird ungeachtet von der Rechnungslegung zu entsprechenden Rechtsfolgen für die Verantwortlichen führen. In der Rechnungslegung wird aus einem Gesetzesverstoß eine fraudulente Handlung, wenn die Auswirkungen des

Gesetzesverstoßes in der Rechnungslegung bewusst nicht zutreffend abgebildet sind. Ein solcher Sachverhalt kann zum Beispiel im Zusammenhang mit der Zahlung von Bestechungsgeldern vorliegen. Die Zahlung von Beträgen zur unrechtmäßigen Erlangung von Aufträgen stellt an sich schon einen Gesetzesverstoß dar. Wenn dies dann in der Rechnungslegung verschleiert wird, ist darin eine fraudulente Handlung zu sehen.

Abbildung 1: Einteilung der Unregelmäßigkeiten



Von dem Wirtschaftsprüfer wird gefordert, dass er solche Unrichtigkeiten und Verstöße mit hinreichender Sicherheit aufdeckt, die über die Wesentlichkeitsgrenze hinausgehen. Hat er solche Sachverhalte erkannt, muss er darüber sowohl im Prüfungsbericht als auch im Bestätigungsvermerk schriftlich berichten. Darüber hinaus fordert § 321 HGB, dass der Wirtschaftsprüfer auch über festgestellte schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder Satzung berichtet. Die Berichterstattung über diese sogenannten sonstigen Gesetzesverstöße, die nicht zu falschen Angaben in der Rechnungslegung führen, ist auf den Prüfungsbericht beschränkt. Eine darüber hinausgehende Berichterstattung im Bestätigungsvermerk wird nicht gefordert.

3.2. Standards des Berufsstands

Der Berufsstand der Wirtschaftsprüfer hat in dem Prüfungsstandard 210 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW PS 210) die Berufsauffassung dargelegt, inwieweit Wirtschaftsprüfer unbeschadet ihrer Eigenverantwortlichkeit Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Abschlussprüfung aufzudecken und darüber zu berichten haben. Dieser

Prüfungsstandard berücksichtigt zum einen die im vorhergehenden Abschnitt erläuterten gesetzlichen Vorgaben an die Abschlussprüfung. Darüber hinaus wurden in diesem Prüfungsstandard auch die International Standards on Auditing ISA 240 „The Auditor’s Responsibility to Consider Fraud in an Audit of Financial Statements“ und ISA 250 „Consideration of Laws and Regulations in an Audit of Financial Statements“ implementiert.

Der neu überarbeitete IDW PS 210 beinhaltet im Wesentlichen die nachstehend erläuterten Anforderungen an die gewissenhafte Berufsausübung des Wirtschaftsprüfers. Man könnte auch sagen, es handelt sich um die „zehn Gebote“ zur Adressierung von Fraud bei der Abschlussprüfung:

- (1) Ausführliche Risikobeurteilung
- (2) Betonung der kritischen Grundhaltung
- (3) Ausführliche Besprechungen im Prüfungsteam (Fraud-Discussion)
- (4) Erweiterte Befragungen, insbesondere des Managements, des Aufsichtsrats und der Internen Revision
- (5) Kontrollbewusstsein des Aufsichtsrats
- (6) Fraud-Risikofaktor Umsatzerlöse
- (7) Fraud-Risikofaktor Management Override
- (8) Überraschungselemente
- (9) Erweiterte Prüfungspflicht
- (10) Dokumentations- und Berichtspflichten

Während der Prüfungsplanung soll eine ausführliche **Risikobeurteilung** vorgenommen werden. Dabei muss der Abschlussprüfer zu einer Einschätzung gelangen, inwieweit das Risiko besteht, dass Unrichtigkeiten und Verstöße vorliegen, die zu falschen Angaben in der Rechnungslegung führen. Auf Basis dieser Risikobeurteilung wird die Durchführung der Prüfung geplant und entsprechende Konsequenzen für die Prüfungshandlungen abgeleitet. Während der Prüfungsdurchführung wird die Risikobeurteilung ständig auf ihre Aktualität hin überprüft und gegebenenfalls an neue Erkenntnisse angepasst.

Die **kritische Grundhaltung** des Wirtschaftsprüfers soll betont werden. Von Bedeutung ist dies insbesondere bei langjährigen Mandantenbeziehungen. Der Abschlussprüfer darf sich nicht auf seine Erfahrungen aus der Vergangenheit verlassen, dass das Management, der Aufsichtsrat und die Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zuverlässig und integer sind. Er muss immer wieder und während der gesamten Prüfung von Neuem hinterfragen und beurteilen, ob die Integrität der handelnden Personen nach wie vor gegeben ist. Die Grenzen der kritischen Grundhaltung liegen in einem darüber hinausgehenden Misstrauen. Der Wirtschaftsprüfer wird explizit dazu angehalten, seiner Arbeit nicht mit einem über die kritische Grundhaltung hinausgehenden Misstrauen nachzugehen.

Bereits vor dem Beginn der Abschlussprüfung und in regelmäßigen Abständen während der Prüfungsdurchführung sind Besprechungen im gesamten Prüfungsteam, die sogenannten „**Fraud-Discussions**“ durchzuführen. Dabei soll insbesondere die Anfälligkeit des Abschlusses für wesentliche falsche Angaben aufgrund von Verstößen erörtert werden. Die Ergebnisse und die Durchführung der Fraud-Discussion sind zu dokumentieren.

Die Unternehmensführung, der Aufsichtsrat und die Interne Revision sind ausführlich zu interviewen. Im Rahmen dieser **Befragungen** soll der Abschlussprüfer ein Verständnis dafür entwickeln, wie die interviewten Personenkreise das Risiko von Unrichtigkeiten und Verstößen einschätzen und welche Maßnahmen sie eingerichtet haben, um dieses Risiko zu managen. Wie bereits geschildert gehört dazu auch die Einrichtung eines geeigneten und funktionsfähigen Risikomanagementsystems. Die berufstübliche Vorgehensweise zur gewissenhaften Prüfung des internen Kontrollsystems wird in einem eigenen Prüfungsstandard beschrieben.⁷ Außerdem ist festzustellen, ob die interviewten Personenkreise fraudulente Handlungen aufgedeckt haben und inwieweit sie über entsprechende Untersuchungen informiert sind.

Eine besondere Bedeutung hat die Befragung des Aufsichtsrates. Hierbei soll festgestellt werden, ob sich der Aufsichtsrat seiner Verantwortung zur Überwachung der Unternehmensleitung bewusst ist und wie er dieser Verantwortung konkret nachkommt. Der Wirtschaftsprüfer muss bei diesen Gesprächen beurteilen, inwieweit der **Aufsichtsrat ein Kontrollbewusstsein** entwickelt hat und wie er mit Risiken und Verstößen im Einzelnen umgeht. Die Bedeutung des Aufsichtsrates für die Aufdeckung und Vermeidung von Fraud wird dadurch deutlich herausgestellt. Von Aufsichtsrat und Abschlussprüfer wird erwartet, dass sie auf einer partnerschaftlichen Ebene zusammen arbeiten. Der Aufsichtsrat soll den Wirtschaftsprüfer somit als Berater wahrnehmen, der ihn bei der Erfüllung seiner zahlreichen Überwachungs- und Dokumentationspflichten unterstützt.

Als Fraud-Risikofaktor wird der Posten „**Umsatzerlöse**“ definiert. Damit obliegt es nicht der persönlichen Einschätzung des Wirtschaftsprüfers bzw. einer nach bestem Wissen und Gewissen getroffenen Entscheidung, ob er den Umsatzerlösen im Rahmen der risikoorientierten Abschlussprüfung ein besonderes Risiko zuordnet. Die Umsatzerlöse sind standardmäßig als besonders risikobehaftet einzustufen und damit besonders prüfwürdig. Dies resultiert aus der Erfahrung, dass in vielen Fällen von Bilanzmanipulationen mehr Umsatzerlöse ausgewiesen wurden als tatsächlich realisiert waren. Bei der Prüfungsdurchführung wird demnach ein besonderes Augenmerk auf die Umsatzrealisierung (Revenue recognition) gelegt. Selbst kleine Fehler bei der Umsatzrealisierung werden derzeit vom Abschlussprüfer nach dem Prinzip „Zero tolerance“ gewürdigt und umgehend an die nächst höhere Führungsebene bis hin zum Aufsichtsrat berichtet.

Die oben beschriebenen Bilanzskandale haben unter anderem gezeigt, dass bewusst falsche Angaben in der Rechnungslegung oft darauf beruhen, dass bestimmte Führungskräfte in der Lage sind, die internen Kontrollmechanismen außer Kraft zu setzen oder zu umgehen. Ein weiterer Aspekt, den der Abschlussprüfer standardmäßig besonders kritisch betrachten muss, ist daher die Gefahr des sogenannten **Management Override**. In diesem Zusammenhang hat der Abschlussprüfer Prüfungshandlungen festzulegen und durchzuführen, um dem Risiko zu entsprechen, dass die Unternehmensleitung und andere Führungskräfte Kontrollmaßnahmen bewusst außer Kraft setzen können. Dazu muss der Wirtschaftsprüfer ein grundlegendes Verständnis entwickeln, wie das interne Kontrollsystem (IKS) konkret umgesetzt ist und an welchen Stellen einzelne Personen die Möglichkeit haben, interne Kontrollen zu

⁷ Vgl. dazu IDW PS 261.

umgehen oder außer Kraft zu setzen. Neben einer Einschätzung der Zuverlässigkeit und Integrität der Führungsebene und der Mitarbeiter in Schlüsselfunktionen hat der Wirtschaftsprüfer den gesamten Buchungsstoff auf Auffälligkeiten hin zu untersuchen.⁸

Darüber hinaus gehört es zur gewissenhaften Berufsausübung des Wirtschaftsprüfers, **Überraschungselemente** in seine Prüfung einbauen. Diese Anforderung bezieht sich insbesondere auf die Auswahl von Art, Zeitpunkt und Umfang der Prüfungshandlungen. Bei einem regelmäßigen Prüferwechsel (interne oder externe Rotation) dürfte diese Anforderung eher akademischer Natur sein. Bei einer langjährigen Mandantenbeziehung muss der Prüfer dagegen darauf achten, dass sich keine routinemäßigen Prüfungshandlungen einschleichen, die es dem geprüften Unternehmen ermöglicht, Art, Zeitpunkt und Umfang von Prüfungshandlungen weitgehend vorherzusehen.

Die Feststellung von Unrichtigkeiten oder Verstößen führt zu einer **erweiterten Prüfungspflicht**, d.h. es muss davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um einen Einzelfall handelt. Der Wirtschaftsprüfer hat zu beurteilen, welche Ursachen zu den festgestellten Fehlern geführt haben und welche Auswirkungen sich auf die Rechnungslegung ergeben. In diesen Fällen muss der Abschlussprüfer seine Prüfungshandlungen ausdehnen, um sich weitere Erkenntnisse zu verschaffen, und sich erforderlichenfalls rechtlichen Rat einholen. Einen Einzelfall darf der Abschlussprüfer nur dann annehmen, wenn belastbare Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass es sich um einen einmaligen Vorgang handelt.

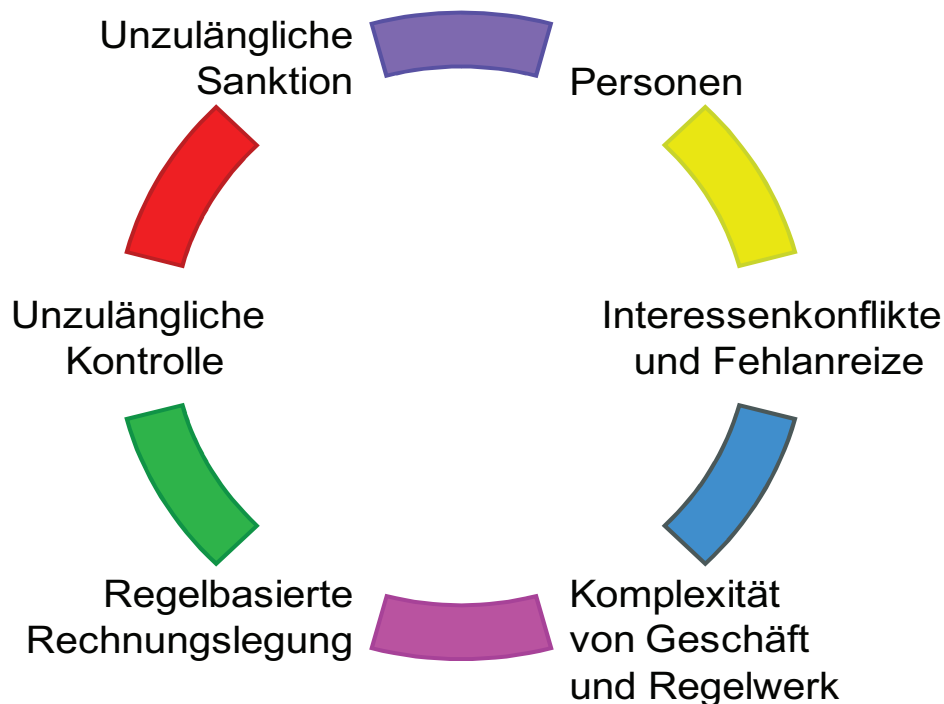
Schlussendlich gehört zu einer gewissenhaften Berufsausübung eine ordentliche **Dokumentation** der Prüfungsplanung, der Prüfungshandlungen und aller in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen und Beurteilungen. Damit verbunden ist die Pflicht zur Berichterstattung über die im Rahmen der Prüfungsdurchführung gemachten Feststellungen. Bei aufgedeckten oder vermuteten Unregelmäßigkeiten ist grundsätzlich die nächst höhere Leitungsebene zu informieren, die über derjenigen angeordnet ist, in der die mit den falschen Angaben oder dem vermuteten Verstoß verdächtige Person angesiedelt ist. Bei der Feststellung falscher Angaben in der Rechnungslegung und bei Verstößen gegen Gesetz oder Satzung sind umgehend die Unternehmensleitung und gegebenenfalls auch der Aufsichtsrat zu informieren. Diesen Unternehmensorganen obliegt die Entscheidung, wie mit diesen Feststellungen umgegangen wird. Sofern die fehlerhafte/gefälschte Rechnungslegung nicht korrigiert wird, muss der Wirtschaftsprüfer dies sowohl in seinem prüfungsbericht als auch im Bestätigungsvermerk kommunizieren.

⁸ Dieser sogenannte Journal Entry Test erfolgt aufgrund des meist sehr großen Datenvolumens regelmäßig in elektronischer Form.

4. URSACHENFORSCHUNG

Es gibt mittlerweile eine Reihe von Untersuchungen, die der Frage nachgehen, in welchen Situationen Personen und Unternehmen besonders anfällig sind für Fraud.⁹ Zielsetzung solcher Untersuchungen ist es, Sachverhalte zu identifizieren, die ein erhöhtes Fraud-Risiko indizieren. Im Kern lassen sich die Ergebnisse dieser Studien wie in Abbildung 2 dargestellt zusammenfassen.¹⁰

Abbildung 2: Ursachen für Fraud



Bei **Personen**, die fraudulenter Handlungen überführt wurden, sind regelmäßig drei Dinge zu beobachten. Zum einen erhalten diese Personen regelmäßig einen sehr hohen Anteil ihrer Vergütung als erfolgsabhängigen Bonus. Dadurch – oder durch

⁹ Vgl. beispielhaft Dechow, Patricia M. et al. (2007): Predicting Material Accounting Manipulations, Berkeley/CA 2007; Deloitte Development LLC (2007): Ten things about financial statement fraud – A review of SEC enforcement releases 2000-2006; Deloitte Development LLC (2007): Ten things about fraud control –How executives view the “fraud control gap” 2000-2006; European Federation of Accountants (2005): How SMEs can reduce the Risk of Fraud, Limiting Fraud Risk – What SMEs can do.

¹⁰ Vgl. Ballwieser, Wolfgang (2007): Bilanzskandale – Ursachen und Folgen, Vortrag downloadbar unter www.rwp.bwl.lmu.de, München 2007

Erwartungen Dritter – stehen sie unter einem sehr hohen Erfolgsdruck. Zum Zweiten ist zu beobachten, dass in den meisten Fällen von Fraud Möglichkeiten bestanden, das interne Kontrollsystem zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Drittens ist den Tätern gemein, dass sie über keinerlei Unrechtsbewusstsein verfügen. Meist herrscht eine Auffassung vor nach dem Motto „ich habe mir nur genommen, was mir ohnehin zusteht“.

Interessenkonflikte und Fehlanreize können beispielsweise auch durch die kurzfristig orientierte Berichterstattung von Unternehmen entstehen. Als Beispiel für einen Interessenkonflikt werden oft das sogenannte „Fast-Close-Verfahren“ genannt. Dieser Wettkampf um den am schnellsten veröffentlichten Jahres- oder Konzernabschluss (d.h. kürzester Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und Veröffentlichung der Zahlen) setzt die für den Abschluss verantwortlichen Unternehmensbereiche unter erheblichen Zeitdruck. Dadurch steigt die Anfälligkeit für Fehler. Außerdem verbleibt kaum Zeit, um Unstimmigkeiten fundiert nachzugehen, die möglicherweise auf Fraudfälle zurückzuführen sind. Fehlanreize können auch durch die Ausgestaltung erfolgsorientierter Vergütungskonzepte gesetzt werden. So werden Aktienoptionen wertvoller, wenn der Börsenwert der Aktie steigt. Der Wert eines Unternehmens steigt, wenn der Gewinn nachhaltig erhöht wird. Bei einer Erhöhung der Umsatzerlöse steigt ceteris paribus der Gewinn. Wie oben ausgeführt, wird der Bereich der Umsatzrealisierung daher als besonderer Fraud-Prüfungsschwerpunkt identifiziert.

Die Auswirkungen einer hohen **Komplexität des Geschäftes** und des dabei zu beachtenden Regelwerkes sind derzeit an den Finanzmärkten unübersehbar. Offenkundig haben selbst namhafte Institute nicht immer genau gewusst und durchschaut, welche Wertpapiere sie im Einzelnen erworben haben.

Ein weiterer Punkt, der Fraud begünstigt, ist die **regelbasierte Rechnungslegung**. Sowohl die International Financial Reporting Standards (IFRS) als auch die US-amerikanischen Generally Accepted Accounting Principles (US-GAAP) regeln die Bilanzierung spezieller Einzelfälle. Damit entsteht ein kasuistisches Regelwerk, das zwar viele Einzelfälle regelt, aber nicht alle möglichen Einzelfälle beinhaltet. Die nicht geregelten Sachverhalte bieten Raum für individuelle Auslegungen. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass nicht speziell geregelte Einzelfälle nach Gutdünken der Unternehmensleitung bilanziert werden können, ohne dass darin sofort ein Gesetzesverstoß zu sehen wäre.

Die Verantwortung für **unzulängliche Kontrolle** liegt – wie bereits dargestellt – nicht nur bei der Unternehmensleitung, sondern auch beim Aufsichtsrat. Ergänzend kommt hier auch dem Abschlussprüfer eine wichtige Verantwortung zu. Ein verlässliches Kontrollumfeld zur Vermeidung und Aufdeckung von Fraud lässt sich nur durch partnerschaftliches Zusammenwirken von Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfer realisieren. Der Aufsichtsrat soll daher nach den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Codex einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich unter anderem intensiv mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten befasst. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses soll über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen. Der Aufsichtsrat soll vereinbaren, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse

unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben.¹¹ Aufsichtsräte, die sich damit schmücken, die Prüfungshonorare für den Abschlussprüfer gesenkt zu haben, können den Eigentümern und den Kreditgebern des Unternehmens teuer zu stehen kommen. Bei manchen Unternehmen ist derzeit ein – zum Teil extreme Ausmaße annehmender – Margendruck zu beobachten. Bei einer realistischen Betrachtung muss davon ausgegangen werden, dass dies zu kürzeren Prüfungszeiten und durch eine geringere Qualifikation der mit der Prüfungsdurchführung betrauten Personen führt. Die Prüfungsqualität wird bei niedrigeren Prüfungshonoraren tendenziell abnehmen. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Fraudfälle im Rahmen der Abschlussprüfung nicht erkannt werden.

In der wissenschaftlichen Literatur wird kritisiert, dass die **Sanktionen** für das Begehen fraudulenter Handlungen unzulänglich sind, das heißt zu schwach wirken. Dieser Befund mag zunächst überraschen, da beispielsweise in den USA sehr hohe Freiheitsstrafen für die Täter zu beobachten sind. Auch die Erfahrung, wie schnell die seinerzeit weltweit angesehene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen vom Markt verschwunden ist, hat im Berufsstand der Wirtschaftsprüfer eine gewisse abschreckende Wirkung gehabt. Dem wirkt entgegen, wenn den Tätern eine Art öffentliche Bewunderung entgegen gebracht wird, wie das bei dem ehemaligen britischen Derivatehändler Nick Leeson der Fall war. Nachdem er durch riskante Spekulationen den Zusammenbruch der renommierten Barings Bank, der ältesten Investmentbank Großbritanniens, verursacht hatte, wurde er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Noch aus der Haft heraus gab er mehrere Interviews, schrieb ein autobiografisches Buch und lies sich später bei der Premiere der Verfilmung seines Buches als „Star“ feiern. Wie Sanktionen konkret aussehen müssten, um eine höhere abschreckende Wirkung zu entfalten, ist nicht abschließend geklärt.

5. FAZIT

Fraud und Bilanzskandale sind ein fester Bestandteil des heutigen Wirtschaftslebens. Der Kreis der Betroffenen reicht von den Lieferanten und Kreditgebern des betroffenen Unternehmens über ihre Eigentümer bis hin zu seinen Mitarbeitern und seinem Management. Die Öffentlichkeit erwartet zu Recht, dass die Unternehmensorgane und der Abschlussprüfer wirksam gegen Fraud und Bilanzmanipulationen vorgehen, d.h. Fraud aufdecken und verhindern.

Der Wirtschaftsprüfer ist verpflichtet, sein Prüfungsurteil mit hinreichender Sicherheit abzugeben. Es gibt folglich keine absolute Sicherheit dafür, dass er wesentliche falsche Angaben aufgrund von fraudulenten Handlungen aufdeckt. Bei Bilanzskandalen werden wesentliche falsche Angaben im Abschluss in der Regel erst nach dem Testat des Wirtschaftsprüfers aufgedeckt. Dies bedeutet jedoch nicht zwingend, dass der Abschlussprüfer gegen den Grundsatz gewissenhafter Berufsausübung verstoßen hat. Besonders schwierig ist die Aufdeckung von Fraud insbesondere dann, wenn das Management, der Aufsichtsrat oder die Mitarbeiter des geprüften Unternehmens

¹¹ Vgl. Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (2008): Deutscher Corporate Governance Kodex, Abschnitt 7 “Rechnungslegung und Abschlussprüfung“, in der Fassung vom 06.06.2008.

gemeinsam mit Dritten fraudulente Handlungen begehen. In solchen Fällen kann der Wirtschaftsprüfer trotz gewissenhafter Anwendung der Prüfungsstandards des Berufsstandes Fraud nicht unbedingt aufdecken. Neue Vorschriften, die der Abschlussprüfer bei seiner gewissenhaften Berufsausübung zu beachten hat und die vom Gesetzgeber oft mit „heißer Nadel gestrickt“ sind, bergen Risiken. Es besteht die Gefahr, dass sie tendenziell die Prüfungsarbeit eher erschweren als qualitativ substanziell verbessern. Jede neue Vorschrift ist mit weiteren Dokumentationspflichten verbunden. Damit wird die Zeit, die für eine intensive Auseinandersetzung mit dem Buchungsstoff zur Verfügung bleibt, immer weiter verkürzt. Ein weiterer negativer Treiber in diesem Zusammenhang ist der allgemein beklagte Margendruck bei Abschlussprüfungen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Wirtschaftsprüfung ein geeignetes Mittel zur Fraud-Prävention ist, aber keine Garantie zur Aufdeckung jedes einzelnen Fraud-Falls bieten kann.

REFERENCES:

1. Bacher, Urban/Scholz, Marcus (2008): Geringwertige Wirtschaftsgüter in der Handels- und Steuerbilanz, in WISU 2008, S. 985-991
2. Institut der Wirtschaftsprüfer (2006): Prüfungsstandard 210 (IDW PS 210) Zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Abschlussprüfung, in: WPg 2006, S. 1422 ff.
3. Institut der Wirtschaftsprüfer (2006): WP-Handbuch 2006, Wirtschaftsprüfung Rechnungslegung, Beratung, Band I, 13. Auflage, IDW Verlag, Düsseldorf 2006
4. International Federation of Accountants (IFAC) (2004): International Standard on Auditing 240 (ISA 240), The Auditor's Responsibility to Consider Fraud in an Audit of Financial Statements", in: WPg 2004, S. 1282 ff.

Abstract

Vor dem Hintergrund der aktuellen Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten und der Erfahrung folgenschwerer Bilanzskandale stellt sich die „World of Finance“ wie auch die interessierte Öffentlichkeit zunehmend die Frage, was das Testat des Wirtschaftsprüfers in der heutigen Zeit noch wert ist. Der vorliegende Beitrag erörtert die Möglichkeiten und die Grenzen des Wirtschaftsprüfers, Bilanzmanipulationen und Vermögensschädigungen im Rahmen der Abschlussprüfung eines Unternehmens oder Konzerns aufzudecken. Dabei wird sowohl auf die Anforderungen des deutschen Berufsstandes an die Durchführung einer Abschlussprüfung eingegangen als auch auf die internationalen Standards zur Durchführung von Prüfungen.

Key words: Wirtschaftsprüfung, Abschlussprüfung, Fraud, IDW PS 210, ISA 240, Bilanzskandal, Bilanzmanipulation, Unregelmäßigkeit, Verstoß